Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach im Auftrag der Postbank hat fast jeder sechste Deutsche Angst vor Altersarmut. Fast jeder zweite Befragte (46 Prozent) hält sich für nicht ausreichend abgesichert. Knapp 90 Prozent der Befragten bezweifeln, dass die gesetzliche Rente noch sicher ist. Den Banker „schockiert", dass dennoch weniger Menschen privat in die Altersvorsorge investieren wollen als früher. Die ganze Verunsicherungskampagne hat also wenig genutzt, die Deutschen wollen zu 70 Prozent an der „staatlichen Rente" festhalten. Um bei den störrischen Deutschen endlich einen Durchbruch für die private Vorsorge zu schaffen, fordert der Privatkundenvorstand der Deutschen Postbank jetzt noch mehr staatliche Subventionen für private Vorsorgemodelle – am besten gleich eine gesetzliche private Pflichtrente.

Die nun schon seit Jahren andauernde Verunsicherungskampagne der Versicherungswirtschaft Hand in Hand mit den Medien und unterstützt von einer Politik das Rentenabbaus hin zu einer minimalen Altersrente nahe der Armutsgrenze zeitigt offenbar ihre Wirkung in der Bevölkerung.
Nahezu jedes Medium macht heute mit der Überschrift „Altersarmut" auf. Alle stützten sich auf die von der Postbank bestellte Allensbach-Umfrage.

Die Studie selbst ist von diesem Befragungsinstitut (noch) nicht veröffentlicht. Die Vorstellung erfolgte vom Auftraggeber, interessanterweise von einem Finanzdienstleister, nämlich vom Privatkundenvorstand der Deutschen Postbank, Wolfgang Klein.

Wenn jemand eine aufwändige Umfrage in Auftrag gibt, hat er natürlicher Weise ein Frageinteresse und er will die Umfrageergebnisse für seine Interessen nutzen.
Dass die Verunsicherung über ihre Altersversorgung bei den Menschen angekommen ist, ist ja schließlich nichts Neues. Dazu hätte es gewiss keiner neuen Umfrage bedurft. Viel spannender sind die Botschaften, die darüber hinaus verkündet werden:

Obwohl die Angst vor Altersarmut zunimmt, wollten gegenüber 2003 mit noch 37 Prozent heute mit nur noch 32 Prozent deutlich weniger Bundesbürger als in früheren Jahren in ihre Altersvorsorge investieren. Selbst unter den Berufstätigen wollen nur noch 42 Prozent verstärkt in ihre Altersvorsorge investieren. 51 Prozent sorgten nicht vor, der Rest sei unentschlossen.

„Konkret gaben die Berufstätigen laut Studie an, dass sie Investitionen von 248 Euro monatlich für erforderlich halten, um für eine ausreichende Altersvorsorge zu sorgen. Tatsächlich wurden mit monatlich 198 Euro noch weniger als im Vorjahr investiert, als sich der Betrag auf 204 Euro belief", berichtet das Handelsblatt
Warum die Leute weniger investieren, danach wurde offenbar nicht gefragt. Es könnte ja

schlicht damit zusammenhängen, dass die Leute zwar mehr Vorsorge für erforderlich halten, aber sich das schlicht nicht leisten können.

Was den Postbanker aber wirklich „schockiert“, das ist, dass trotz der Diskrepanz zwischen Vorsorgebedarf und tatsächlichen Ausgaben eine Mehrheit von 54 Prozent eine Pflicht zur privaten Altersvorsorge ablehnt. Trotz der wachsenden Beliebtheit der Riester-Rente hätten gerade mal acht Millionen Menschen von insgesamt 30 Millionen Berechtigten einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen, redete der Bankvorstand. den Deutschen ins Gewissen. Völlig unverständlicherweise gelte für 70 Prozent der 2077 Befragten das staatliche Rentensystem immer noch als ideale Form der Alterssicherung.

Fazit: So darf es nicht weitergehen, bleiben die Deutschen weiterhin störrisch, sich privat zu versichern, so brauchen wir den gesetzlichen Zwang.
Zwar fordert Klein zunächst einmal nur, „die Förderung privater Vorsorgemodelle durch staatliche Subventionen fortzusetzen und auszubauen“, doch verweist er schon einmal darauf, dass immerhin schon 68 Prozent der Deutschen eine pflichtgemäße betriebliche Altersversorgung für jeden Berufsanfänger gut fänden.

Die eigentliche Botschaft die mit dieser Umfrage verkündet werden soll, ist also: Die Deutschen sind zur Eigenvorsorge nicht willig. Wenn Du Staat nicht willst, dass Dir künftig die armen Alten auf der Tasche liegen oder sie womöglich sogar einfach auswandern, dann musst Du die Deutschen durch noch mehr Subvention zu privaten Rentenversicherungen „anreizen“ und wenn das alles noch nicht hilft, dann musst Du die Leute zu ihrem Glück zwingen, indem Du eine gesetzliche Pflicht zur privaten Altersvorsorge schaffst.

Dann hätte die Versicherungswirtschaft endlich ihr Endziel erreicht: Eine riesige Umsatzsteigerung in Höhe von vielen Milliarden und entsprechenden Gewinnerlösen per Gesetzeszwang – Rendite per Gesetz sozusagen.